

Brief aus dem Nationalrat : warum Adolf Ogi Bundesrat werden musste

Autor(en): **Braunschweig, Hansjörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **82 (1988)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143387>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Warum Adolf Ogi Bundesrat werden musste

Kein Zweifel, Adolf Ogi hat auch positive Eigenschaften: Er ist sehr arbeitsam, wacker und liebenswürdig, gilt als offen und ehrlich. Er war Direktor eines Sportverbandes und eines Unternehmens der gleichen Branche. Er kann offenbar gute Mitarbeiter für sich gewinnen und nicht nur sich selber gut verkaufen. Doch sagen und fühlen viele, das genüge nicht, die Schweizerische Volkspartei (SVP) habe von vier Kandidaten die schwächste Persönlichkeit zum Bundesratskandidaten auserkoren. Die Bundesversammlung folgte mit etwas Grollen und Zögern, aber es reichte!

Abneigung der Schweizer gegenüber starken Persönlichkeiten

Diese Erfahrung ist nicht neu: Sie bestätigt die Abneigung der Schweizer gegenüber starken Persönlichkeiten. Wenn schon, dann sollen sie in der Wirtschaft als Unternehmer tätig sein! Starke Bundesräte und Parlamentarier könnten sich ja unabhängig machen, die wirtschaftlichen Interessen durchschauen und durch Gesetzgebung oder Verwaltung beschränken.

Schon im Vorjahr wurden die damaligen Bundesratskandidaten der CVP, Arnold Koller und Flavio Cotti, häufig als langweilig und farblos beurteilt. Cotti hat in seinem ersten Amtsjahr sehr viel Vertrauen ausgeströmt, und ich gebe zu, dass ich Mühe habe, mich seinem Charme zu entziehen. Koller hingegen hat im Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) bis heute seinen Ruf bestätigt, seit Jahren keinen andern Leistungsausweis vorzeigen zu können, als den, nur immer der

Nachfolger Furglers gewesen zu sein. Seine Verdienste um Bildung und Kartellgesetzgebung liegen Jahrzehnte zurück! Erschreckend primitiv war die Reaktion des – mitunter liberalen – Präsidenten der CVP-Fraktion Paul Zbinden (Fribourg), als die Basler Poch-Nationalrätin Anita Fetz vor der Bundesratswahl den Vorsteher des EMD wegen seines seltsamen Demokratieverständnisses nach der Niederlage von Rothenthurm angriff. Wir erwarteten von Zbinden entweder eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den sachlichen Vorwürfen – oder Schweigen. Statt dessen mussten wir uns eine Beschimpfung der mutigen Frau anhören!

Es ist für mich immer wieder enttäuschend, wie unkritisch auch die Presse im allgemeinen eine Bundesratskandidatur beurteilt. Wieviel Journalisten sind der Frage nachgegangen, ob Ogi ein erfolgreicher Unternehmer war oder nicht, ob die Firma Intersport seinetwegen aufblühte oder trotz ihm? Vor Jahresfrist fragte ebenfalls kein Journalist, was Professor Arnold Koller an der Handelshochschule St.Gallen wissenschaftlich geleistet hat und wie er bei seinen Studenten angekommen ist. Damit vernachlässigen die Zeitungen ihre staatspolitische Aufgabe.

Bern musste wieder auferstehen . . .

Ogi wurde auch gewählt, weil er Berner ist. Es hat sich da unterschwellig etwas abgespielt, was viele übersahen: Immer mehr Bernerinnen und Berner fühlten sich in den letzten Jahren durch die finanziellen Unsauberkeiten und Skanda-

le in ihrem Kanton betroffen, wenn nicht sogar zutiefst verletzt. Anerkannte Persönlichkeiten zogen sich aus dem Regierungsrat und aus dem Nationalrat zurück oder wurden sehr energisch dazu gedrängt. Es gab Korrekturen in der kantonalen Gesetzgebung und Verwaltung. Die Sühne war vollzogen. Bern musste wieder auferstehen. So erkläre ich mir das gute Wahlergebnis der SVP, dieser bernischen Institution, und des Adolf Ogi persönlich. Dieser Ogi musste nun als Verkörperung des guten Berner Geistes Bundesrat werden, «ghaue oder gschoche»! Die SVP-Fraktion spürte die Notwendigkeit dieses psychohygienischen Reinigungsprozesses und opferte ihm die überzeugenderen Kandidaten.

... und ein «Kaiseraugst»-Gegner verhindert werden

Ogis Konkurrent, Fraktionspräsident Hans-Rudolf Nebiker, ist als Baselbieter gegen Atomkraftwerke oder mindestens gegen dasjenige von Kaiseraugst. Damit war er von Anfang an «out». So einfach und konsequent spielen in unserem Lande die wirtschaftlichen Interessen. Ist diese Überlegung nicht zu einseitig? Ich würde sie nicht niederschreiben, wenn sie mir nicht von bürgerlicher Seite zuge tragen worden wäre. Sie erklärt auch, weshalb der rechte Gewerbeflügel der SVP unter Führung von Christoph Blocher die Wahl Ogis unterstützt und gefördert hat. Mit dieser Wahl konnte Nebiker verhindert und gleichzeitig der Posten des Parteipräsidenten freigesetzt werden. Es würde mich wundern, wenn nicht Blocher oder eine Frau oder ein Mann seiner Umgebung diesen Platz einnehmen, kurz nachdem die Leserinnen und Leser der «Neuen Wege» dieses Heft in Händen haben werden.

Wo blieb die SP?

Ich habe es bedauert, dass die SP-Fraktion sowohl Rudolf Reichling (SVP, Zürich) und Josef Iten (CVP, Nidwalden) für das Präsidium des Nationalrates als

auch Adolf Ogi als Bundesratskandidat unterstützt hat – allerdings mit dem üblichen, etwas unehrlichen Hinweis, die Fraktions-Mitglieder könnten ja frei entscheiden, welchen Namen sie auf den Wahlzettel schreiben wollten! Dies sei der Preis der Bundesratsbeteiligung, schliesslich wisse jedermann, dass die bürgerlichen Parlamentarier ihren wirtschaftlichen Interessen verpflichtet seien. Würden wir ausscheren, so wären wir gar bald der Suche nach eigenen Kandidaten enthoben.

Ich stelle mit dieser Kritik nicht neuerdings die Regierungsbeteiligung der SP zur Diskussion. Aber ich frage mich, ob wir nicht auf Distanz zu den bürgerlichen Bundesratsparteien gehen müssten, statt immer tiefer ins warme Bett der Bundesratsparteien zu steigen. Vor Jahren, als wir bereits im Bundesrat vertreten waren, gab es das Wort «Bundesratspartei» noch nicht. Seit der Entstehung dieses Begriffs werden wir immer einseitiger festgelegt und in die Regierungsverantwortung einbezogen, obschon wir diese als Minderheit immer weniger bestimmen können. Regelmässig vor den Sessions finden die Bundesratsparteien-Gespräche statt, die früher auch nicht als nötig befunden wurden. So werden wir bewusst auf das Establishment festgelegt und haben immer grössere Mühe, die Rolle der Opposition zu spielen. Die Wählerinnen und Wähler haben dafür sehr wahrscheinlich wenig bis kein Verständnis und werden uns im Wahljahr 1991 eine neue Niederlage zufügen, die vierte in Serie. Dann werden wir wieder erstaunt und mit Selbstmitleid nach den Ursachen fragen: Wir haben doch eine so gute Sachpolitik gemacht!

Hansjörg Braunschweig